

Begleitheft
zur Wanderausstellung

FRAUEN MACHEN POLITIK

Sozialdemokratische Visionen
und Errungenschaften

Liebe Freund:innen!

Liebe Besucher:innen unserer Ausstellung!

Mit ihrem Zitat „Aus taktischen Gründen leiser zu treten, hat sich noch immer als Fehler erwiesen“ hat unsere erste Frauenministerin Johanna Dohnal treffend festgehalten, was notwendig ist, um feministische Errungenschaften für die kommenden Generationen durchsetzen zu können. Wären unsere Vorkämpferinnen aus Angst vor Repressionen nicht auf die Straße gegangen und hätten die englische Suffragetten-Bewegung nicht als Vorbild genommen, dann wäre das gleiche Wahlrecht für alle bestimmt noch nicht 1918 in Kraft getreten.



Wären unsere Vorkämpferinnen nicht für Selbstbestimmung in der Arbeitswelt aufgestanden, dann hätte die Reform des Ehe- und Familienrechts von 1975 ganz bestimmt anders ausgesehen. Wäre Johanna Dohnal nicht bis spät in die Nacht mit ihrem Verhandlungsgeschick im Tiroler Landhaus mit dem Landeshauptmann a.d. Eduard Wallnöfer gesessen, wäre das erste Frauenhaus in Tirol bestimmt nicht 1981 eröffnet worden.

Gerade in der Ära Kreisky setzte die SPÖ-Alleinregierung in Rekordgeschwindigkeit Meilensteine für ein gleichberechtigtes Leben in Österreich. Meilensteine, die unsere Gesellschaft bis heute prägen. Welche Protagonistinnen dafür noch eine Rolle spielten und welche den Weg dafür ebneten, ist vielen von uns nicht mehr bekannt. Wie so oft, egal ob in der Arbeitswelt, in der Wissenschaft oder in der Politik, verschwinden Frauen aus den Geschichtsbüchern und Erzählungen. Umso mehr freut es mich als Landesparteivorsitzenden der SPÖ Tirol, dass sich das Renner Institut und die SPÖ Frauen Tirol mit dieser Ausstellung sozialdemokratische Kämpferinnen vor den Vorhang holen. Denn genau da gehören sie hin.

Heute, 2025, drohen nicht verhandelbar geglaubte Errungenschaften zu kippen. Wenn rechts-konservative Kräfte davon reden, dass Frauen eine Herdprämie bekommen sollen, anstatt Kinderbetreuungsangebote auszubauen, dann braucht es eine starke Sozialdemokratie. Wenn rechts-konservative Kräfte das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper antasten wollen, anstatt von einer Gesundheitsleistung zu sprechen, dann braucht es eine starke Sozialdemokratie. Wenn rechts-konservative Kräfte vor kriminellen Ausländern warnen, anstatt über den Ausbau der Gewaltprävention und Burschenarbeit zu sprechen, dann braucht es eine starke Sozialdemokratie.

Eine starke Sozialdemokratie, die Schulter an Schulter für Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität für alle, die hier leben, kämpft. Die die Lebensrealitäten und Sorgen der Menschen ernst nimmt und keinen Unterschied macht, woher sie kommen oder welches Geschlecht sie haben. Wir stehen auf den Schultern von Riesinnen, die so viel für uns erkämpft haben, an dem es festzuhalten und das es auszubauen gilt – für ein gutes Leben für alle!


Philip Wohlgemuth

gf. Landesparteivorsitzender der SPÖ Tirol
und 1. Landeshauptmannstellvertreter

Liebe Leser:innen!

Es ist noch gar nicht so lange her, da mussten Frauen ihren Ehemann um Erlaubnis fragen, ob sie arbeiten gehen dürfen. Da waren Vergewaltigung in der Ehe oder Gewalt in der Familie nicht strafbar. Dafür drohte für eine Abtreibung Gefängnisstrafe.

Das Erreichte sichtbar machen, aber auch aufzuzeigen, was noch zu tun ist und die Frauen hinter dieser Arbeit vor den Vorhang zu holen, das sind die Ziele dieser Wanderausstellung. Die SPÖ-Frauen waren es, die sich immer für Verbesserungen für Frauen eingesetzt und diese auch durchgesetzt haben.

Geht es um Fortschritte in der Frauenpolitik, stehen wir auf den Schultern von Riesinnen! Ganz besonders jene Johanna Dohnals.



Was hat diese Frau gegen alle Widerstände durchgesetzt und umgesetzt. Mit besonderer Sympathie hat man ihr das nicht gedankt. Im Gegenteil. Und so ist das im Bereich der Frauen- und Gleichstellungspolitik noch heute. Johanna Dohnal bleibt Vorbild und Inspiration, den Kampf nicht aufzugeben. Auch ihr ist diese Ausstellung gewidmet. Der Einsatz für Frauenrechte bleibt aktuell. Immer noch verdienen Männer wesentlich mehr als Frauen. Immer noch sind Frauen in Politik und Wirtschaft unterrepräsentiert. Immer noch leisten Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit. Zudem sehen wir, dass wir auch bereits Erreichtes verteidigen müssen, weil rechte und rechtskonservative Regierungen unsere Rechte beschneiden wollen. Ein Blick über die Grenzen ist Mahnung dafür.

Was es braucht, um in der Frauenpolitik etwas weiterzubringen? Beharrlichkeit, Durchsetzungsvermögen und dass wir uns zusammentun und für Verbesserungen eintreten.

Mischen wir uns ein. Dafür stehen die SPÖ-Frauen. In diesem Sinne lade ich alle Frauen ein, dabei zu sein und mitzuarbeiten, um eine gleichberechtigte Zukunft zu gestalten.

Gemeinsam sind wir stark. Gemeinsam treten wir dafür ein, dass alle Frauen selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können. Gemeinsam sind wir viele und an Vielen werden sie nicht vorbeikommen!

Nationalrätin **Mag.^a Selma Yildirim**
Landesfrauenvorsitzende der SPÖ Tirol

Simone Hasibeder
Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ Tirol

Liebe Leser:innen!



Frauenpolitik ist Gesellschaftspolitik – sie prägt unser Leben in all seinen Facetten. Die Wanderausstellung „Frauen machen Politik“ zeigt eindrucksvoll, wie entscheidend sozialdemokratische Kämpferinnen für die Errungenschaften der Gleichstellung in Österreich waren und sind. Diese Ausstellung ist mehr als eine Rückschau – sie ist ein Denkstoß und eine Mahnung, dass einmal Er kämpftes nicht in Stein gemeißelt ist.



Die sozialdemokratische Frauenpolitik hat Meilensteine gesetzt: von der Fristenregelung über die Reform des Ehe- und Familienrechts bis hin zu umfassenden Gewaltschutzmaßnahmen. Doch der Kampf für Gleichstellung ist nicht vorbei. Noch immer verdienen Frauen deutlich weniger als Männer, noch immer übernehmen sie den Großteil der unbezahlten Arbeit, noch immer sind sie in vielen gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert und nach wie vor ist die sozialrechtliche Absicherung verbesserungswürdig, wenn man zum Beispiel an die Höhe der Pensionen denkt. Und noch immer gibt es politische Kräfte, die versuchen, Frauenrechte zurückzudrängen, wie die aktuelle politische Debatte über die Einführung von Herdprämien zeigt.

Diese Ausstellung ruft in Erinnerung, dass Fortschritt nicht selbstverständlich ist. Sie macht sichtbar, wie gesellschaftlicher Wandel durch mutige Frauen und politische Gestaltung möglich wurde – und zeigt, dass es auch heute eine starke feministische Bewegung braucht. Die Frauen in der SPÖ stehen in dieser Tradition: für Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit.

Dieses Begleitheft vertieft die Inhalte der Ausstellung. Es bietet eine Nachlese historischer Errungenschaften, stellt aktuelle frauenpolitische Herausforderungen dar und regt zum Weiterdenken an. Denn Gleichstellung ist kein abgeschlossener Prozess, sondern eine fortwährende Aufgabe, die uns alle angeht.

Lassen wir uns von den Geschichten, Errungenschaften und Visionen inspirieren – und setzen wir uns gemeinsam für eine gerechte Zukunft ein!

Markus Prajczner

Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Tirol

Nicole Heinlein

Landesstellenleiterin Renner Institut Tirol

Inhalt

NACHLESE ZUR AUSSTELLUNG „Frauen machen Politik“

| | |
|---|----|
| Das „Goldene Zeitalter der Frauenpolitik“ | 7 |
| Die Ära von Johanna Dohnal | 7 |
| Institutionalisierung der Frauenpolitik..... | 7 |
| Errungenschaften und die heutige frauenpolitische Agenda | 8 |
| Die Fristenregelung für Schwangerschaftsabbrüche | 8 |
| Bis heute umstritten: My body – my choice | 8 |
| Weiterkämpfen für Selbstbestimmung..... | 9 |
| Die Ehe- und Familienrechtsreform | 10 |
| Patriarchal-konservative Versorgungsehe als vorgeschriebenes Lebensmodell..... | 10 |
| Meilensteine in der Gleichberechtigung von Frauen | 10 |
| Partnerschaftlichkeit – ein neues Lebensmodell..... | 11 |
| Gleicher Lohn für gleiche Arbeit | 11 |
| Das Frauenförderungsgebot – Benachteiligung aktiv ausgleichen | 11 |
| Gender Pay Gap und Equal Pay Day – ein Tag mit Symbolkraft | 12 |
| Hürdenlauf auf dem Weg zu einer unabhängigen Existenzsicherung | 12 |
| Kampagne „Ganze Männer machen halbe/halbe“ | 13 |
| Vorherrschende Geschlechterordnung am Prüfstand..... | 13 |
| Wandel – Stagnation – Beharrlichkeit..... | 13 |
| Mehrfach belastet: die „Erschöpfung der Frauen“..... | 14 |
| Das österreichische Gewaltschutzgesetz | 15 |
| Enttabuisierung: Gewalt gegen Frauen wird zum öffentlichen Thema..... | 15 |
| Gewalt gegen Frauen: ein strukturelles Problem | 17 |
| Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen als (staatliche) Daueraufgabe..... | 17 |
| Frauen machen Politik: „Jeder zweite Abgeordnete ist eine Frau“ | 18 |
| GASTBEITRÄGE | 20 |
| Alexandra Weiss: Johanna Dohnal und die Frauenpolitik der Zweiten Republik..... | 20 |
| Gespräch mit Paul Scheibelhofer: Männlichkeit – kritisch betrachtet | 23 |
| Judith Götz: Angriffe auf feministische Errungenschaften – Antifeminismus in Österreich am Beispiel FPÖ | 25 |
| SPÖ Frauen Tirol | 28 |

Das „Goldene Zeitalter der Frauenpolitik“

In den 1970er-Jahren war die Zeit in Österreich reif für grundlegende Veränderungen:

- Ab 1970 war die Sozialdemokratie erstmals alleine – ohne Koalitionspartner – in Regierungsverantwortung (Minderheitsregierung 1970, **Alleinregierung unter Bruno Kreisky** von 1971 bis 1983). Sozialdemokratinnen konnten an die lange Tradition des Kampfes für die Rechte von Frauen anknüpfen und unerledigte frauenpolitische Anliegen aus der Ersten Republik wieder aufnehmen: Die **Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs** und die Reform **des patriarchalen Ehe- und Familienrechts** waren erste große Meilensteine.
- Anfang der 1970er-Jahre entstand weltweit und auch in Österreich die **Zweite Frauenbewegung**: Frauen kündigten lautstark das Einvernehmen mit traditionellen Rollenbildern auf, forderten Selbstbestimmung über den eigenen Körper und thematisierten erstmals öffentlich Gewalt gegen Frauen.

Günstige politische Mehrheitsverhältnisse und die gesellschaftliche Aufbruchsstimmung leiteten das „goldene Zeitalter der Frauenpolitik“ (Eva Kreisky) ein, das untrennbar mit dem Namen Johanna Dohnal verbunden ist.

Die Ära von Johanna Dohnal

Johanna Dohnal war eine herausragende Politikerin. 16 Jahre lang – von 1979 bis 1995 – prägte sie in der Bundesregierung die österreichische Frauenpolitik – beharrlich, mutig und unbequem. Charakteristisch für ihre Ära war ihr Politikverständnis: Sie organisierte Frauenenqueten und Frauenforen, auch in den Bundesländern, öffnete das Bundeskanzleramt für alle Frauen und ihre Anliegen und hielt Sprechstunden ab, um die Anliegen von Frauen in Politik zu übersetzen. Sie öffnete die SPÖ-Frauenorganisation auch für Nicht-Mitglieder und arbeitete mit Aktivistinnen aus der Zweiten Frauenbewegung zusammen.

Johanna Dohnal war zunächst in der Wiener SPÖ aktiv. 1979 wurde sie Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen, von 1990/91 bis 1995 war sie die erste österreichische Frauenministerin. Von 1987 bis 1995 engagierte sie sich als Bundesfrauenvorsitzende der SPÖ-Frauenorganisation.

„Aus meiner sozialistischen Gesinnung, die ich ja sehr ernst nehme, ergibt sich der Grundsatz von der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.“

Bruno Kreisky

Institutionalisierung der Frauenpolitik

Im Jahr 1979 wurde Johanna Dohnal als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen angelobt. Damit wurde **Frauenpolitik als eigenes Politikfeld** etabliert. Frauenspezifische Anliegen wurden zur Regierungspolitik und entkoppelt von – bislang konservativer – Familienpolitik: Frauen wurden nicht mehr nur als Teil der Familie gesehen, sondern als eigenständige Personen mit Rechten, die es zu stärken gilt. 1990 wurde das Staatssekretariat zu einem Frauenministerium aufgewertet.



SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende

| | |
|-------------------------|-------------|
| Eva-Maria Holzleitner | seit 2021 |
| Gabriele Heinisch-Hosek | 2009 – 2021 |
| Barbara Prammer | 1997 – 2009 |
| Helga Konrad | 1995 – 1997 |
| Johanna Dohnal | 1987 – 1995 |
| Jolanda Offenbeck | 1981 – 1987 |
| Hertha Firnberg | 1967 – 1981 |
| Rosa Jochmann | 1959 – 1967 |
| Gabriele Proft | 1945 – 1959 |

Emanzipatorische Frauenpolitik setzt an den Lebensrealitäten von Frauen an und zielt darauf ab, das ungleiche, hierarchische Verhältnis von Männern und Frauen zu beseitigen und Gleichstellung zu befördern. Frauenpolitik ist – so Johanna Dohnal – „**Politik für, von und mit Frauen**“, getragen von der Vision eines Lebens ohne Rollenzwänge, Diskriminierung und Gewalt.

Errungenschaften und die heutige frauenpolitische Agenda

Die Fristenregelung für Schwangerschaftsabbrüche

Bis 1975 mussten Frauen in Österreich, die eine Schwangerschaft unterbrechen wollten, zusätzlich zu einer Gefängnisstrafe erhebliche gesundheitliche Gefahren riskieren. Bei den Nationalratswahlen im Oktober 1971 erreichte die SPÖ eine Mehrheit und bildete eine **Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky** (1971-1983). Innerparteilich (sowohl innerhalb der SPÖ-Frauenorganisation als auch in der Sozialdemokratischen Partei) konnte mit viel Überzeugungsarbeit von – teilweise jüngeren – Sozialdemokratinnen die „**Fristenlösung**“ durchgesetzt werden. Die zuvor mehrheitlich befürwortete „Indikationenlösung“ hätte Schwangerschaftsabbrüche nur aus medizinischen Gründen erlaubt und Kontrolle sowie Bevormundung von Frauen durch Ärzteschaft und Kommissionen fortgesetzt.

Bereits im November 1973 wurde das Gesetz zur Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen im Nationalrat von der SPÖ – gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ – beschlossen. Da im Bundesrat ein Veto eingelegt wurde, bedurfte es eines Beharrungsbeschlusses im Nationalrat. Am 1. Jänner 1975 trat die Fristenregelung schließlich in Kraft und garantiert seither **Straffreiheit** innerhalb der gesetzlich geregelten Frist der ersten drei Schwangerschaftsmonate. Dieser frauenpolitische Meilenstein ist auch im Kontext der gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung nach 1968 und dem Beginn der Zweiten Frauenbewegung zu verstehen, die den Schwangerschaftsabbruch zur zentralen Forderung erhoben hatte.

Bis heute umstritten: My body – my choice

Von Anfang an galt es, die Fristenregelung zu verteidigen, denn es regte sich viel Widerstand aus den Reihen der ÖVP und der katholischen Kirche. Mit dem Volksbegehren der „Aktion Leben“ zum „Schutz des menschlichen Lebens“ sollte bereits 1974 die Fristenregelung wieder zu Fall gebracht werden. Dieser reaktionären Gegenmobilisierung setzte die Regierung Kreisky als flankierende Maßnahmen eine Reihe von sozialen Leistungen, v.a. für alleinerziehende Frauen, entgegen, damit eine Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch nicht aus sozialen Gründen getroffen werden musste. Sozialdemokratinnen aus Wien, u.a. Johanna Dohnal, gründeten das Komitee „Helfen statt Strafen – kein Zurück zum §144“ und traten den Fristenlösungsgegnern mit Argumenten entgegen.

„Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft‘. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“

Johanna Dohnal



Foto: Elife Semotan

Auch die **tatsächliche Möglichkeit zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen** war von Anbeginn an ein zentrales Thema, da es an Einrichtungen und Ärzt:innen mangelte. Im Bundesland Tirol beispielsweise können bis heute Schwangerschaftsabbrüche nicht in einem öffentlichen Krankenhaus durchgeführt werden.

Weiterkämpfen für Selbstbestimmung

Angesichts anhaltender konservativ-reaktionärer, religiös-fundamentalistisch-katholischer und rechtsextremer Mobilisierung gilt es bis heute, die Selbstbestimmung von Frauen über ihren eigenen Körper und über ihre Sexualität zu verteidigen. Es gilt auch, weiterhin für Verbesserungen zu kämpfen, damit der Schwangerschaftsabbruch zur Gänze aus dem Strafgesetzbuch herausgenommen und allen Frauen möglich und zugänglich wird – **für einen sicheren, legalen und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch**.

Auch auf **EU-Ebene** setzen sich sozialdemokratische Politikerinnen für Selbstbestimmung ein. Evelyn Regner, Mitglied des Europäischen Parlaments in der S&D-Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, fordert die Aufnahme des Rechts auf Selbstbestimmung in die Europäische Grundrechtecharta, damit dieses grundlegende Recht nicht mehr von den jeweils aktuellen politischen Mehrheitsverhältnissen in nationalen Regierungen und Parlamenten abhängig gemacht werden kann.



Pressekonzferenz in Tirol anlässlich 50 Jahre Fristenregelung mit Klubobfrau Elisabeth Fleischanderl, Nationalratsabgeordnete und Landesfrauenvorsitzende Selma Yildirim und Sozial- und Frauenlandesrätin Eva Pawlata. Bild: Julia Hitthaler

„Die Fristenlösung war der wichtigste Schritt zum Selbstbestimmungsrecht von Frauen über den eigenen Körper. Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Das umzusetzen, dafür setzen wir uns ein.“
Selma Yildirim



Foto: SPÖ

„Das Selbstbestimmungsrecht der Frau, das Recht, über ihren Körper zu entscheiden, ist nicht nur eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf, sondern eine ganze Mauer.“

Eva-Maria Holzleitner

Die Ehe- und Familienrechtsreform

Patriarchal-konservative Versorgungsehe als vorgeschriebenes Lebensmodell

Bis zur Familienrechtsreform – **seit dem Jahr 1811** (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch, ABGB) – war der Mann rechtlich als „**Haupt der Familie**“ festgelegt. Ehefrau sowie Kinder waren zum Gehorsam verpflichtet. Die Erwerbstätigkeit der Frau bedurfte der Zustimmung des Mannes. Aufgrund der „väterlichen Gewalt“ über die Kinder bestimmte das „Familienoberhaupt“ auch Erziehung und Berufsausbildung. Die Frau war nicht geschäftsfähig, konnte weder einen Pass für Kinder beantragen noch eigenständig einen Miet- oder Arbeitsvertrag unterzeichnen. Die Nachkriegsjahrzehnte waren von diesem **patriarchalischen Modell** der Versorgungsehe geprägt. Die vom Staat privilegierte Lebensform stellte den männlichen Familienernährer in das Zentrum, der für den Unterhalt zu sorgen hatte. An seiner Seite und ihm untertan stand die Ehefrau, die unbezahlte Haus- und Familienarbeit leistete.

Meilensteine in der Gleichberechtigung von Frauen

Bereits in der Ersten Republik – im Jahr 1925 – forderten die sozialdemokratischen Abgeordneten Adelheid Popp und Gabriele Proft ein Gesetz über die „Gleichstellung der Geschlechter im Familienrecht“ – ein Reformvorhaben, das an konservativen Parteien und der katholischen Kirche scheiterte. Erst 50 Jahre später war es soweit: Am 1. Juli **1975** wurde im Parlament das Herzstück der Familienrechtsreform beschlossen: die Stellung des Ehemanns als Oberhaupt der Familie wurde abgeschafft und die Gleichberechtigung von Frauen in der Ehe verankert. Das patriarchalische Familienmodell wurde durch ein **partnerschaftliches Modell** ersetzt.

Die Familienrechtsreform wurde in mehreren Reformschritten beschlossen (Neuordnung der persönlichen Rechtswirkungen der Ehe 1975, Unterhaltsvorschussgesetz 1976, Neuordnung des Kindschaftsrechts 1977, Neuordnung des ehelichen Güterrechtes 1978, Reformen im Scheidungsrecht 1978). **Damalige Meilensteine sind heutige Selbstverständlichkeiten:** Der Ehemann kann die Berufstätigkeit der Frau nicht mehr verbieten oder ihr Arbeitsverhältnis aufkündigen. Sie muss nicht mehr automatisch mit der Eheschließung den Namen des Mannes annehmen

„Wäre das Familienrecht nicht in dieser Art und Weise reformiert worden, wäre es aus rechtlichen Gründen zum Beispiel nicht möglich gewesen, Frauenhäuser zu initiieren. Wegen der gesetzlichen Bindung an die Wohnsitzfolge hätte eine Frau niemals die Wohnung und den gemeinsamen Haushalt verlassen und in ein Frauenhaus gehen können. An diesem Beispiel sieht man den engen Zusammenhang zwischen Gesetz und Lebenssituation. Viele Frauen haben gesagt: ‚Es ist ja egal, was im Familienrecht steht, es regelt sich sowieso alles irgendwie und anders.‘ Aber das ist eben nicht so, und dieses Beispiel zeigt das ganz deutlich. Erst zu dem Zeitpunkt, als das Gesetz bereits beschlossen war, konnten wir daran denken, Frauenhäuser zu erkämpfen.“

(Johanna Dohnal, zit.n. Weiss/Thurner 2019, S. 81-82)

und ihm im Wohnsitz nachfolgen. Hausarbeit wird als gleichwertiger Beitrag zum Unterhalt anerkannt und das während einer Ehe erworbene Vermögen gilt nun nicht mehr automatisch als Vermögen des Mannes, d.h. im Scheidungsfall ist das Vermögen aufzuteilen.

Die Weichenstellungen durch die Familienrechtsreform hatten zahlreiche weitere Veränderungen zur Folge. So wurde z.B. **1983** das **Staatsbürgerschaftsrecht** novelliert:

Seither können auch Mütter, die mit einem ausländischen Staatsbürger verheiratet sind, ihre Staatsbürgerschaft an die Kinder weitergeben. Im Jahr **1989** wurden zwei weitere Meilensteine für Frauen gesetzt: Durch die Reform des Sexualstrafrechts wurde auch **Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe** gestellt. Außerdem wurde die **rechtliche Stellung von Müttern unehelicher Kinder** entscheidend verbessert: Seit der Familienrechtsreform konnten sie zwar die Vormundschaft für ihre Kinder beantragen, dies war jedoch ein unwürdiger Behördenprozess. Erst nach der Reform des Vormundschaftsrechts lag die Obsorge nun automatisch bei den Müttern selbst. Verheiratete und unverheiratete Mütter wurden gleichgestellt.

„Die Tatsache, dass im Gesetzbuch nicht mehr verankert ist, dass die Frau dem Manne untertan sein muss, hat den Frauen eine enorme Rückenstärkung auch für individuelle, lebenspartnerschaftliche Auseinandersetzungen gebracht.“
(Johanna Dohnal, zit.n. Weiss/Thurner 2019, S. 83)

Partnerschaftlichkeit – ein neues Lebensmodell

Der Grundsatz der Familienrechtsreform, dass Mann und Frau in der Ehe gleiche Rechte und Pflichten haben, machte den Weg frei für ein neues **partnerschaftliches Beziehungsmodell**, welches das patriarchalische ersetzte. Partnerschaftlichkeit wurde zu einem

Schlüsselbegriff dieser Zeit und damit auch die Forderung nach einer gerechten Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit.

Mit der Familienrechtsreform wurde der Anfang vom Ende der patriarchalen Familienstruktur eingeläutet: Auch wenn die gelebte Realität vielerorts auch heute noch anders aussieht, wurde zumindest am Papier der Mann als Oberhaupt der Familie entmachtet. Für Frauen ging mit der veränderten Rechtsstellung ein nachhaltig wirksamer **Bewusstseinswandel** und eine **Stärkung ihres Selbstbewusstseins** einher, konnten sie sich doch jetzt in Konfliktsituationen positiv auf das beziehen, was nun rechtens war.



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit geht zurück auf die Erste Frauenbewegung und fand Eingang in das Linzer Programm der Sozialdemokratie von 1926. Eingelöst ist sie jedoch bis heute nicht. Bis zum Jahr 1979 war es in Österreich erlaubt, unterschiedliche Löhne für gleiche Arbeit an Frauen und Männer auszuzahlen: **Frauen verdienen weniger, weil sie Frauen sind.**

Mit dem **1979** in Kraft getretenen **Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft**, das mit der Errichtung einer **Gleichbehandlungskommission** einherging, wurde Diskriminierung von Frauen bei der Entlohnung verboten. Diesem Diskriminierungsverbot ist es zu verdanken, dass „Frauenlohngruppen“ in den Kollektivverträgen der Vergangenheit angehören. Das Gleichbehandlungsgesetz wurde seither mehrmals erweitert.

1990 nahm die erste „**Anwältin für Gleichbehandlungsfragen**“ ihre Tätigkeit auf, um Betroffene zu beraten und zu unterstützen. Mittlerweile ist die daraus hervorgegangene **Gleichbehandlungsanwaltschaft** auch für andere Diskriminierungsgründe eine zentrale Anlaufstelle. Ein weiterer wichtiger Meilenstein für Frauen erfolgte 1993: Sexuelle Belästigung wird als Tatbestand in das Gleichbehandlungsgesetz aufgenommen. Die polemischen und abwehrenden Reaktionen, die darauf folgten, machten die Erschütterung des bis dahin selbstverständlichen männlichen Verhaltens gegenüber Frauen sichtbar.

Das Frauenförderungsgebot – Benachteiligung aktiv ausgleichen

1993 tritt das **Bundes-Gleichbehandlungsgesetz** für Bundesbedienstete in Kraft. Im Unterschied zum Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft aus dem Jahr 1979 enthält es nicht nur ein Gleichbehandlungsgebot, sondern auch ein **Frauenförderungsgebot**, beispielsweise die bevorzugte Einstellung von Frauen bei gleicher Qualifikation. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Chancengleichheit aktiv zu fördern ist (sogenannte „positive Diskriminierung“). Die Grundlage für dieses Gesetz bildeten Erfahrungen mit dem Förderprogramm für Frauen im Bundesdienst seit dem Jahr 1981. Darüber hinaus wurde 1993 auch ein umfangreiches **Gleichbehandlungspaket** geschnürt – ein Katalog mit 55 Maßnahmen, von denen aber in den schwierigen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner und den Sozialpartnern nicht alle umgesetzt werden konnten.

Gender Pay Gap und Equal Pay Day – ein Tag mit Symbolkraft

Der **Gender Pay Gap** – die Differenz zwischen den Einkommen von Frauen und Männern – wird auf der Grundlage eines Vergleichs der Bruttojahresgehälter von ganzjährig und Vollzeit beschäftigten Frauen und Männern berechnet.

Im Jahr **2024** haben Männer durchschnittlich 59.258 Euro verdient, Frauen 49.438 Euro. Der Gender Pay Gap betrug somit **16,6 Prozent** (Quelle: Statistik Austria). Im EU-Vergleich gehört Österreich somit weiterhin jedes Jahr zu den Schlusslichtern (Quelle: Eurostat). Ausgehend vom Gender Pay Gap wird jährlich das Datum des **Equal Pay Day** festgelegt: Bei einem Gender Pay Gap von 16,6 Prozent im Jahr 2024 hatten Männer bereits am 1. November jenes Gehalt erreicht, das Frauen erst am Jahresende bekommen haben. Ab diesem Tag arbeiteten Frauen **61 Tage** gratis bzw. unbezahlt bis zum Jahresende weiter. In Tirol fiel der Equal Pay Day sogar noch früher aus: Mit 19,5% Gender Pay Gap verrichteten Frauen umgerechnet 72 Tage unbezahlte Arbeit. Am geringsten ist der Gender Pay Gap in Wien (10,8% – 40 Tage). Sozialdemokratische Frauen nützen den Equal Pay Day jedes Jahr als **Aktionstag**, um auf die Einkommensdiskriminierung hinzuweisen.

Aktive Teilzeitquote (ILO)

Frauen mit Kindern unter 15 Jahren

74,00%

25- bis 49-Jährige
(exkl. Personen in Elternkarenz)

Aktive Teilzeitquote (ILO)

Männer mit Kindern unter 15 Jahren

7,70%

25- bis 49-Jährige
(exkl. Personen in Elternkarenz)

Alterspensionen – Frauen

2023

1.409 Euro

Arith. Mittel der Brutto-
pensionsbezüge
(Auszahlung 14-mal pro Jahr)

Alterspensionen – Männer

2023

2.374 Euro

Arith. Mittel der Brutto-
pensionsbezüge
(Auszahlung 14-mal pro Jahr)

Hürdenlauf auf dem Weg zu einer unabhängigen Existenzsicherung

Auf dem Weg zu einer finanziell unabhängigen Existenzsicherung begegnen Frauen einer Reihe von Hürden. Für die Erklärung des Gender Pay Gap spielt nach wie vor die **Einkommensdiskriminierung** – die ungleiche Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit – eine große Rolle, in etwa Zwei-Drittel sind darauf zurückzuführen. Ein wichtiges Instrument gegen Lohnungleichheit ist die seit Jahren geforderte **Einkommenstransparenz**: Wenn Unternehmen offenlegen müssen, was für vergleichbare Arbeit bezahlt wird, können Diskriminierungen erkannt und bekämpft werden. Seit 2023 gilt die **EU-Richtlinie zur Lohntransparenz**, die zukünftig auch von Österreich umgesetzt werden muss.

Hinzu kommt die strukturelle Benachteiligung von Frauen: Sie arbeiten überrepräsentiert **in Niedriglohnbereichen und schlecht bezahlten Berufen**. Insbesondere in der Corona-Krise wurde sichtbar, dass die Abwertung der Arbeit von Frauen nicht damit einhergeht, wie systemrelevant sie für das Funktionieren einer Gesellschaft ist.

Zentral ist nach wie vor die **ungerechte Verteilung von Sorgearbeit** und die unzureichende öffentliche **Infrastruktur für Kinderbetreuung**, womit Erwerbsunterbrechungen und der hohe Anteil an Frauen, die Teilzeit arbeiten,

erklärt werden können. **Teilzeitarbeit von Frauen** ist somit ein Ausdruck zementierter traditioneller Rollenverteilungen. Solange Kinderbetreuungseinrichtungen nicht ausreichend zur Verfügung stehen, kann von „Wahlfreiheit“ keine Rede sein.

Die gravierenden Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern wirken sich ein ganzes Leben lang aus und führen zu einer hohen **Armutsgefährdung** von Frauen im Alter. Der **Gender Pension Gap** beträgt in Österreich etwa **40%**. Vergleichbar dem **Equal Pay Day** lässt sich auch der jährliche Equal Pension Day berechnen: Männer haben in Österreich im Jahr 2024 bereits am **6. August** jene Höhe der Pension erreicht, auf die Frauen noch bis zum Jahresende warten müssen. In Tirol fiel der Equal Pension Day bereits auf den **23. Juli**.



Aktion zum Equal Pay Day 2018 in Wien, Bild: SPÖ-Frauen/Astrid Knie

Kampagne „Ganze Männer machen halbe/halbe“

Im Jahr 1996 startete Helga Konrad als Frauenministerin eine Kampagne mit Fernseh- und Kinospots zur **ungerechten Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit** zwischen Frauen und Männern. Mit einer Gesetzesinitiative hätte die partnerschaftliche Aufteilung von Sorgearbeit für beide Ehepartner:innen verpflichtend gesetzlich geregelt werden sollen. Bislang hatte nur der Mann die Möglichkeit bei einer Scheidung geltend zu machen, dass die Frau keine Hausarbeit leiste – dies sollte zukünftig auch für Frauen möglich sein.

Vorherrschende Geschlechterordnung am Prüfstand

Die Kampagne „halbe/halbe“ mit ihrer Vision einer anderen gelebten Männlichkeit stellte die **bestehende Geschlechterordnung** mit ihren **traditionell-konservativen Rollenbildern** grundlegend in Frage. Die **Empörung** war groß: Die Initiative wurde als Einmischung des Staates in die Privatsphäre und als unzulässige Überregulierung skandalisiert. Die Kronen-Zeitung titelte: „Stoppt Helga Konrad!“ Massiver Widerstand kam auch aus den Reihen von ÖVP und FPÖ, sogar innerhalb der SPÖ war die Kampagne teilweise umstritten. Sie wurde für drei Jahre anberaumt, aber vorzeitig – nach bereits sechs Wochen – beendet. Helga Konrad wurde nach bereits zwei Jahren als Frauenministerin abberufen.

Wandel – Stagnation – Beharrlichkeit

„Halbe/halbe“ ist bis heute eine **zentrale Forderung emanzipatorischer Frauenpolitik**. Mit dem Slogan ist es weitgehend gelungen, die ungleiche Verteilung unbezahlter Arbeit öffentlich zu diskutieren und zu delegitimieren sowie Gleichheit und Partnerschaftlichkeit im persönlich-privaten Lebensbereich als politische Aufgabe zu verankern. Nach wie vor wird jedoch unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit vorwiegend von Frauen geleistet, wie auch die Zeitverwendungsstudien zeigen: Unbezahlte Arbeit wurde im Jahr 1981 noch zu 80% von Frauen (Männer: 20%) geleistet, vier Jahrzehnte später waren es immer noch 63% (Männer: 37%) (Quelle: Momentum Institut).

„Ich jedenfalls sehe in der jahrzehntelang herrschenden Überzeugung, dass die vornehmste Aufgabe der Frauen die Betreuung der zu Betreuenden und die Pflege der zu Pflegenden ist, einen der größten Skandale, den diese Republik aufzuweisen hat. Und ich verstehe nicht, wieso es nicht spätestens heute einen Aufstand vieler Frauen gegen einen solchen Parteigrenzen überschreitenden Konsens dieser Republik gibt.“

(Johanna Dohnal, zit.n. Weiss/Thurner 2019, S. 65)

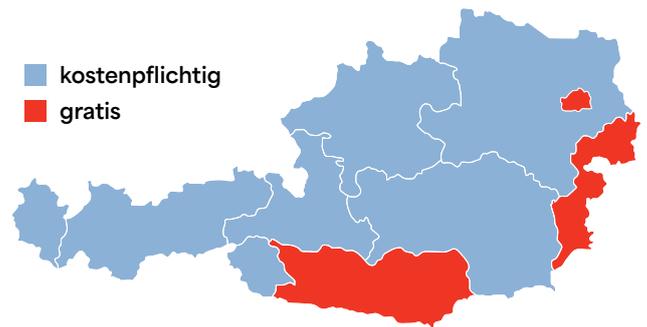
Auch die **Beteiligung der Väter** an der Kinderbetreuung bleibt bis heute weit hinter ihren Möglichkeiten zurück: Mit der Einführung des Elternkarenzurlaubs im Jahr **1990** wurde es erstmals möglich, dass auch Väter eine bezahlte Kinderkarenzzeit in Anspruch nehmen können – zuvor war dies nur für Frauen möglich. Bis heute jedoch wird in Österreich das Prinzip „halbe/halbe“ – eine tatsächliche Gleichverteilung der Sorgearbeit – **nur von 1 Prozent (!) der Väter**

gelebt: Etwa 10% der Väter gehen zwar für kurze Zeit in Karenz, nur 1% jedoch länger als sechs Monate (Quelle: Momentum Institut). Österreich gehört bei der Väterbeteiligung somit auch im EU-Vergleich (neben Italien und Ungarn) zu den Schlusslichtern. Demgegenüber führt eine Politik wie in Skandinavien, die eine **verpflichtende Teilung der Karenz vorschreibt**, zur Umsetzung des Prinzips „halbe/halbe“ im Alltag.



Bundesfrauenkonferenz der SPÖ-Frauen im Jahr 2023, Bild: SPÖ-Frauen/Astrid Knie

Lange Zeit wurde **Kinderbetreuung** generell als ausschließliche Frauenangelegenheit verhandelt, so auch die „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, da Frauen automatisch und quasi natur- oder gottgegeben die Zuständigkeit dafür zugeschrieben wurde. Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen trifft bis heute auf Widerstände, die sich aus diesem **traditionell-konservativen Frauenbild** speisen. Zusätzlich dazu ist Kinderbetreuung aber auch eine Frage der **Bildungsgerechtigkeit**, um gleiche Chancen für alle Kinder zu ermöglichen.



Bereits Johanna Dohnal forderte eine „Kindergartenmilliarde“, um den **Ausbau der öffentlichen Infrastruktur für Kinderbetreuung** voranzutreiben. Damit wurde die Sorgearbeit für Kinder von einer vermeintlichen Privatsache zu einer öffentlichen Angelegenheit, die **alle** betrifft.

Vor dem Hintergrund gravierender Unterschiede in den einzelnen Bundesländern besteht österreichweit noch viel Nachholbedarf. Ein wichtiger Meilenstein ist in Tirol gelungen: Für das Regierungsprogramm der schwarz-roten Koalition seit 2022 konnte von der SPÖ Tirol ein **Rechtsanspruch auf ganzjährige und leistbare Kinderbildung und Kinderbetreuung** verhandelt werden, der schrittweise und mit Bereitstellung von Ressourcen ab 2026 die Vermittlung eines Betreuungsplatzes ab dem 2. Geburtstag des Kindes garantieren soll.



Bild: Halbwirth A.

„In den wenigen Monaten seit Regierungsantritt ist bei der Betreuung unserer Kinder mehr weitergegangen als im vergangenen Jahrzehnt. Endlich ist das Thema auch in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt.“

(Claudia Hagsteiner, SPÖ-Familiensprecherin und Landtagsabgeordnete)

Mehrfach belastet: die „Erschöpfung der Frauen“

Zwei Drittel der unbezahlten Arbeit leisten immer noch Frauen. Damit einher gehen mehrfache Belastungen, die heute auch als „**Erschöpfung der Frauen**“ (Franziska Schutzbach) und unter dem Stichwort „**Mental load**“ diskutiert werden. Die Vielfalt an Aufgaben, die das Organisieren eines Haushalts, die Begleitung von Kindern in allen Lebensphasen oder die Unterstützung älterer Familienangehöriger bedeutet, erfordert statt lediglich einer „Mithilfe“ von männlicher Seite eine gerechte Verteilung, um Frauen zu entlasten und eine eigenständige finanzielle Existenzsicherung zu stärken.

„Frauenpolitik ist kein Minderheitenthema, Frauenpolitik ist Demokratiepolitik.“

Helga Konrad



Bild: SPÖ Tirol, Julia Hittthaler

Bereits Johanna Dohnal und ihre Mitstreiterinnen forderten eine allgemeine **Arbeitszeitverkürzung** („Sechsstundentag für beide Geschlechter“). Diese Forderung wurde im **Frauenvolksbegehren 2.0. im Jahr 2018** wieder aufgegriffen („30 Stunden Vollzeit für alle“), um mehr Gleichheit und Partnerschaftlichkeit im Privaten zu befördern. Zusätzlich dazu wird das Vorantreiben einer **kostenlosen oder zumindest leistbaren, flächendeckenden, ganztägigen und ganzjährigen Kinderbetreuung und Kinderbildung** weiterhin eine Kernforderung der Sozialdemokratie bleiben.

Das österreichische Gewaltschutzgesetz

Österreich war das erste europäische Land, das ein Gewaltschutzgesetz erlassen hat – ein **Meilenstein mit Vorbildwirkung für ganz Europa** für den Schutz von Frauen und Kindern, die von Gewalt im privaten Umfeld betroffen sind. Das Grundprinzip des Gewaltschutzgesetzes sieht vor, dass Täter die Wohnung und Umgebung der gefährdeten Person verlassen müssen, und zwar unabhängig davon, wem die Wohnung gehört oder auf wen der Mietvertrag läuft.

- Die Polizei ist ermächtigt, den Gewalttäter aus der Wohnung wegzuweisen und ein Betretungsverbot auszusprechen.
- Ist ein längerer Schutz notwendig, kann die gefährdete Person bei Gericht den Antrag auf eine einstweilige Verfügung stellen.
- Die von Gewalt betroffenen Frauen werden von Gewaltschutzzentren (früher: Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie) unterstützt.

Kernstück des im Jahr 1997 in Kraft getretenen Gewaltschutzgesetzes war die Einrichtung von **Gewaltschutzzentren** in allen Bundesländern, die u.a. von Gewalt betroffene Frauen nach dem Einschreiten der Polizei aktiv kontaktieren und sie umfassend unterstützen. Die Errichtung der Gewaltschutzzentren beruht auf der Einsicht, dass es zusätzlich zum Schutz der Polizei Opferschutzeinrichtungen braucht, die Frauen zur Durchsetzung ihrer Rechte verhelfen. Mittlerweile ist für Täter nach einem verhängten Betretungs- und Annäherungsverbot auch eine Gewaltpräventionsberatung verpflichtend.

Enttabuisierung: Gewalt gegen Frauen wird zum öffentlichen Thema

Gewalt gegen Frauen galt lange Zeit als „Privatsache“ – niemand, auch nicht der Staat, sollte sich einmischen. Sie wurde verschwiegen und tabuisiert. Erst seit der **Zweiten Frauenbewegung** ab den 1970er-Jahren wurde Gewalt gegen Frauen in ihren unterschiedlichen Formen öffentlich zum Thema gemacht und skandalisiert. Johanna Dohnal nahm die Forderungen der Frauenbewegung auf und startete als Frauenministerin am Beginn der 1990er-Jahre eine Kampagne gegen Gewalt an Frauen. Sie initiierte eine interministerielle Arbeitsgruppe mit breiter Einbindung von Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern, Polizist:innen und Jurist:innen und brachte u.a. das Gewaltschutzgesetz auf den Weg. Die Anti-Gewalt-Politik ist somit auch eine Erfolgsgeschichte des Zusammenwirkens von institutionalisierter Frauenpolitik und Zweiter Frauenbewegung.



Aktion in Innsbruck im Rahmen der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ – diese beginnen am 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, und enden am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte.
Bild: Julia Hitthaler

Der Gewaltschutz wurde auch auf internationaler Ebene gestärkt. Bei der **Menschenrechtskonferenz 1993** in Wien wurde erstmals Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung thematisiert und staatliches Handeln gegen Gewalt eingefordert. Österreich hat im Jahr 2013 die **Istanbul-Konvention** (Europarat-Konvention zur Bekämpfung und Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt) unterzeichnet und sich damit völkerrechtlich verbindlich dazu verpflichtet, Maßnahmen gegen Gewalt zu setzen. Mit einem Monitoring-Prozess wird die Umsetzung von Maßnahmen überprüft, Empfehlungen werden ausgesprochen.

Aktivitäten zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit leisten nach wie vor einen wichtigen Beitrag, um der Gewalt gegen Frauen entgegenzutreten. Seit Jahrzehnten machen auch sozialdemokratische Frauen z.B. bei Straßenaktionen oder Veranstaltungen auf die Problematik aufmerksam. Das Motto von Aktionen zu den 16 Tagen gegen Gewalt in Tirol im Jahr 2024 – „**Die Scham muss die Seite wechseln**“ (Gisele Pericot) – spricht das immer noch weit verbreitete **Problem der Täter-Opfer-Umkehr** an: Bis heute wird immer wieder Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffenen sind, eine (Mit-)Schuld zugeschrieben, oft mit Bezug auf Kleidung (Stichwort: „kurzer Minirock“) oder Verhalten (Stichwort: „spät nachts noch betrunken allein unterwegs“). Durch solche gesellschaftlich-kulturell noch immer weit verbreiteten Schuldzuweisungen entsteht bei Betroffenen ein Schamgefühl, das dazu führen kann, dass Gewaltverbrechen verschwiegen werden, Betroffene sich keine Hilfe und Unterstützung holen können und letztlich damit die Täter geschützt werden. Die Botschaft „Die Scham muss die Seite wechseln“ stellt unmissverständlich klar: **die Verantwortung für die Tat liegt ausschließlich beim Täter.**

Die Zweite Frauenbewegung ab den 1970er-Jahren hatte nicht nur Gewalt gegen Frauen auf die politische Tagesordnung gesetzt, sondern auch zahlreiche **Einrichtungen zur Unterstützung von Frauen** ins Leben gerufen wie beispielsweise Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen. 1978 wurde **das erste österreichische Frauenhaus in Wien eröffnet** – eine Zufluchtsstätte für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder. Das Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen war eine wichtige Anlaufstelle. Johanna Dohnal setzte sich sehr aktiv für die Gründung des ersten Frauenhauses ein, war auch im Vorstand des Vereins tätig und förderte auf unterschiedliche Weise zahlreiche weitere Fraueninitiativen.

Körperliche Gewalt

(erlebt ab dem Alter von 15 Jahren) 2021

23,47 %

Frauen in Österreich
(zw. 18 und 74 Jahren)

Sexuelle Gewalt

(erlebt ab dem Alter von 15 Jahren) 2021

23,75 %

Frauen in Österreich
(zw. 18 und 74 Jahren)

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

(erlebt ab dem Alter von 15 Jahren) 2021

26,59%

Frauen in Österreich
(zw. 18 und 74 Jahren)

*„Keine Frau soll Angst vor Gewalt –
egal in welcher Form – haben müssen!“*

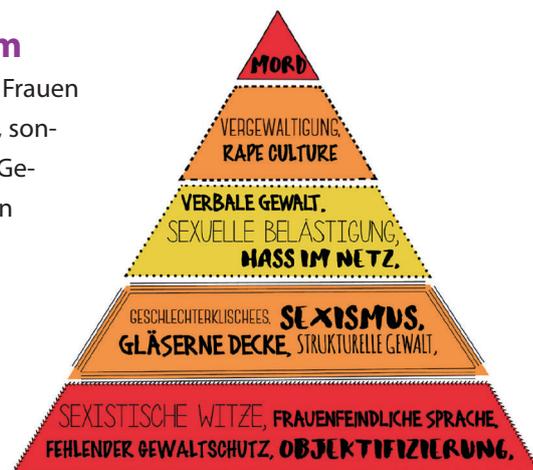
Doris Bures



Gewalt gegen Frauen: ein strukturelles Problem

Jede dritte Frau in Österreich ist von einer Form von Gewalt gegen Frauen betroffen. Gewalt gegen Frauen ist kein privates Beziehungsproblem, sondern ein **strukturelles Problem**: Der Schlüssel zum Verständnis von Gewalt gegen Frauen liegt in der gesellschaftlich unterlegenen und von Abhängigkeiten gekennzeichneten Position von Frauen. Gewalt ist ein Ausdruck dieser gesellschaftlich untergeordneten Position und entsteht unter Ausnutzung dieses Machtverhältnisses durch die strukturell stärkere – männliche – Person. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erfordert daher eine **umfassende Gleichberechtigung von Frauen**, u.a. durch das Schließen der Einkommensschere und eine eigenständige ökonomische Existenzsicherung, durch die Stärkung von Frauen in allen Lebensbereichen und durch andere Frauen- und Männerbilder.

Die in Österreich hohe Anzahl an Femiziden – die Ermordung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, meist durch ihnen nahestehende Partner, Ehemänner, ... – sorgt immer wieder für mediales Aufsehen, doch Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter und beginnt bereits bei scheinbar harmlosen sexistischen Witzen.



Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen als (staatliche) Daueraufgabe

Für den Schutz vor Gewalt reichen bloße Bekenntnisse und einzelne, isolierte Maßnahmen nicht aus. Vielmehr braucht es auf institutioneller Ebene ein koordiniertes Vorgehen aller Behörden und Einrichtungen, die mit dem Problem befasst sind, von der Polizei über Frauenhäuser und Jugendwohlfahrt bis hin zur Justiz. Gewaltschutz erfordert nicht nur ein bloßes Bekenntnis zur Bekämpfung von Gewalt, sondern auch den politischen Willen und die Bereitstellung von ausreichend **personellen und finanziellen Ressourcen**, auch für Einrichtungen, die Frauen und Mädchen unterstützen oder für vorherrschende Geschlechterrollenbilder sensibilisieren. Gewaltprävention muss bereits in der Elementarbildung beginnen.

Eine wichtige uneingelöste Forderung betrifft ein koordiniertes Vorgehen mit konkreten Zielen und Fristen für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen eines wirkungsvollen **nationalen Aktionsplans zum Gewaltschutz**. **Gewaltschutzambulanzen** beispielsweise gibt es derzeit nur vereinzelt als Pilotprojekte, es bräuchte aber einen flächendeckenden, österreichweiten Ausbau.



„Schöne Worte alleine reichen nicht.“

Gabriele Heinisch-Hosek

Frauen machen Politik: „Jeder zweite Abgeordnete ist eine Frau“

Politik wurde lange Zeit (ausschließlich) von Männern gemacht – es war an der Zeit, verstärkt Erfahrungen, Perspektiven und Lebensrealitäten von Frauen einzubringen. Entsprechend dem Slogan „**Frausein allein ist kein Programm**“ sind Frauen in der Politik keine Garantie für eine wirkungsvolle Frauenpolitik. Einflussreiche und starke Frauen erhöhen aber die Chance für eine emanzipatorische Frauenpolitik.

Seit der Einführung des (aktiven und passiven) Frauenwahlrechts im Jahr 1918 haben Frauen auch **das Recht, gewählt zu werden**. Obwohl sie in etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, sind sie bis heute jedoch in der Politik unterrepräsentiert. Mit dem Slogan „**Jeder zweite Abgeordnete ist eine Frau**“ wurde von Johanna Dohnal und ihren Mitstreiterinnen in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht. Widerstände kamen von vielen Seiten, denn – so Johanna Dohnal: „Mehr Frauen in der Politik bedeutet gleichzeitig weniger Männer“. Dieser Kampagne gingen



Bestrebungen von Sozialdemokratinnen für eine **Quotenregelung** voraus. Lag der Anteil an Frauen im Parlament in der 1. Republik 1919 bei 5,03%, waren es 1983 erst 9,29%. Der Unmut von Frauen war groß.

Die SPÖ war die erste Partei in Österreich, die **1985** eine **Quotenregelung** beschlossen hat, um den Anteil an Frauen in der Politik und in der Parteiarbeit zu erhöhen. Die zunächst nur als Soll- und nicht als Muss-Bestimmung anerkannte Quotenregelung von 25% blieb jedoch relativ wirkungslos. Dass 1993 eine 40%-Quote durchgesetzt werden konnte, ist der Beharrlichkeit von Johanna Dohnal und vieler weiterer engagierter Frauen zu verdanken. 1998 wurde die 40%-Quote schließlich in eine Muss-Bestimmung umgewandelt, es folgten weitere Verbesserungen. Die Durchsetzung von Quotenregelungen erforderte eine **doppelte Überzeugungsarbeit**: einerseits gegen vorherrschende traditionell-konservative Rollenbilder, andererseits gegen Widerstände und Vorbehalte in den eigenen Reihen. Auch heute noch braucht es dringend Rückhalt und Solidarität auch von männlicher Seite für Frauen in der Politik.

Frauen sind in der Politik bis heute unterrepräsentiert. Von 1919 bis 1975 lag der Frauenanteil im Parlament nie höher als bei 6,7%. Erst 1975 begann ein langsamer, aber kontinuierlicher Anstieg des Frauenanteils im Nationalrat, auch mit Schwankungen. Im Jahr 2024 lag der Frauenanteil bei **36,07%** (Quelle: Parlament Österreich). Auch in den Landtagen sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Besonders schwer haben es Frauen in der Politik auf der Gemeindeebene: Im Jahr 2024 gab es in Österreich 2.093 Bürgermeister:innen, 230 von ihnen – **11%** – waren Frauen (Quelle: Österreichischer Städtebund).

*„Aus taktischen Gründen leise zu treten,
hat sich noch immer als Fehler erwiesen.“*

Johanna Dohnal



Foto: Elife Semotan



Leseempfehlung

Johanna Dohnal (1939–2010) war eine Ausnahmepolitikerin und Pionierin der Frauenpolitik in Österreich. Mit ihren in der Publikation versammelten Beiträgen dokumentiert sie ihr Verständnis von Politik, insbesondere von Frauenpolitik, und lässt ihr Engagement als erste österreichische Frauenministerin Revue passieren. Dohnals Schriften werden von Alexandra Weiss und Erika Thurner zeithistorisch-politikwissenschaftlich kontextualisiert und mit einer Biographie zu ihrer Person eingeleitet.

„Liebe Genossinnen!

Es gab eine Zeit in unserer Bewegung, wo wir um einen gerechten Anteil am Kuchen gekämpft haben. Heute wollen wir mitbestimmen, welcher Kuchen gebacken und wie er verteilt wird.

Mit uns zieht die neue Zeit – Freundschaft!“

Vortrag von Johanna Dohnal in Innsbruck, November 1988 (zit.n. Mesner/Niederkofler: Johanna Dohnal. Ein politisches Lesebuch, Wien 2013, S. 86)



Bild: Parlamentsdirektion/WILKE

„Die Lebensbedingungen von Frauen können nur verbessert werden, wenn Frauen mit am Verhandlungstisch sitzen.“

Barbara Prammer

Alexandra Weiss: Johanna Dohnal und die Frauenpolitik der Zweiten Republik

Mit der Bestellung von zwei Staatssekretärinnen für Frauenpolitik wurde im Jahr 1979 in Österreich Frauenpolitik erstmals auf Regierungsebene verankert. Das eine Staatssekretariat für „allgemeine Frauenfragen“ wurde mit Johanna Dohnal besetzt, das andere für die „Belange der berufstätigen Frau“ mit Franziska Fast. Es ist die Zeit der sozialistischen Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky, in der sich die SPÖ als die Partei für die Frauen etabliert. Dass Frauenpolitik in dieser Situation ein eigenes Politikfeld wurde, verdankt sich mehreren Faktoren: dem Aufbruch der Neuen Frauenbewegung als internationales Phänomen, das von den Vereinten Nationen 1975 ausgerufenen „Internationalen Jahr der Frau“ und die darauffolgende „UN-Dekade der Frau“. Mit den neuen sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre und ihrer Forderung nach einer „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ kam Bewegung in die Geschlechterverhältnisse. Die Hierarchien und Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern ließen sich immer weniger rechtfertigen.

Frauen in der Politik

Aber auch in der SPÖ wurde die Unzufriedenheit der Frauen mit der Verteilung von Mandaten und Funktionen immer größer. Trotz emanzipatorischer Programmatik wurden Positionen in der SPÖ weitgehend unter Männern verteilt – obwohl man die Wahlen mit den Stimmen der Frauen gewann. 1979 errang die SPÖ zum dritten Mal in Folge bei den Nationalratswahlen die absolute Mehrheit. Trotz einem Zugewinn blieb aber die Zahl der weiblichen SPÖ-Abgeordneten gleich, der Gesundheits- und Umweltschutzministerin Ingrid Leodolter folgte mit Herbert Salcher ein Mann nach und auch die Position des dritten Nationalratspräsidenten wurde mit einem Mann besetzt. Das Maß war voll, in einer Regierungsumbildung im Herbst 1979 wurden schließlich die Frauenstaatssekretariate eingerichtet. Was medial als „Kreiskys Paukenschlag“ in die Geschichte einging, war letztlich das Aufgreifen politischer und innerparteilicher Forderungen und Wünsche.

Die Ära von Johanna Dohnal

Als Johanna Dohnal ihr Amt antrat, formulierte Kreisky ihre Agenda so: „Geh hinaus in die Bundesländer und sag den Frauen, was sich verändert hat“. Tatsächlich waren es die Frauen, die sagten, was sich noch ändern musste, wie Johanna Dohnal in ihren Innsbrucker Vorlesungen anmerkte. Erstmals gab es eine Anlaufstelle in der Regierung für Anliegen und Interessen von Frauen und Johanna Dohnal ging aktiv auf die Frauen zu – etwa mit den Sprechstunden im Bundeskanzleramt, den „mobilen“ Frauenservicestellen, den Frauenforen und -enqueten in Wien und den Bundesländern. Die Frauenforschung steckte noch in den Kinderschuhen und so gingen Johanna Dohnal und ihre Mitarbeiterinnen wie Sozialforscherinnen hinaus in die Bundesländer. Sie dokumentierten die Lebenssituationen, die vielfältigen Diskriminierungen und die Gewalt, der Frauen ausgesetzt waren, um daraus politische Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen zu erarbeiten, die letztlich eine Demokratisierung der Beziehungen zwischen Frauen und Männern einleiteten. All das schaffte eine Grundlage für die frauenpolitische Arbeit und war zugleich wichtiger Kontakt zu den Frauen und verschiedenen Frauengruppen.

Trotz der vielfältigen Aktivitäten des Frauenstaatssekretariats stand Frauenpolitik in Österreich auf wackligen Beinen. Bereits vier Jahre nach ihrer Institutionalisierung wurde 1983 das Staatssekretariat für die Belange der berufstätigen Frau in den Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ geopfert. Überdies war die Macht der Staatssekretariate beschränkt: ohne eigenes Budget, ohne Vetorecht im Ministerrat und weisungsgebunden gegenüber dem Ressortchef. Dennoch war die Frauenpolitik in den 1980er-Jahren – aufgrund des Engagements Johanna Dohnals – fest in der politischen Landschaft Österreichs verankert.

Frauenpolitische Errungenschaften

Die 1980er- und die 1990er-Jahre waren – trotz konservativer Wende und einer großen Koalition ab 1986 – von einer Reihe frauenpolitischer Erfolge gekennzeichnet: Das Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft wurde mehrfach novelliert und verbessert, Frauenservicestellen wurden eingerichtet, Sexismus in den Medien wurde problematisiert (Sexismusbeirat 1986), es wurden Bewusstseinsbildungskampagnen zur Berufswahl von Mädchen gestartet, Vergewaltigung in der Ehe wurde 1989 ein Straftatbestand, das Frauenstaatssekretariat wurde in ein Frauenministerium aufgewertet (auch um dem ÖVP-geführten Familienministerium ein Frauenministerium gegenüberzustellen), ein Familien- und ein Gleichbehandlungspaket wurden verhandelt und beschlossen, 1993 trat das Bundesgleichbehandlungsgesetz in Kraft und 1997 das Gewaltschutzgesetz. Innerparteilich setzten die SPÖ-Frauen in den 1980er- und 1990er Jahren Quotenregelungen durch, sodass auch endlich der Frauenanteil im Nationalrat anstieg.

Eine Stärke der österreichischen Frauenpolitik war bis Mitte der 1990er-Jahre die Zusammenarbeit zwischen institutioneller Frauenpolitik, feministischer Wissenschaft und der Frauenbewegung, die in gewisser Weise als „Denkfabriken“ Analysen und Grundlagenarbeit für Frauenpolitik leisteten.

Neokonservative und neoliberale Wende

Aber bereits in den 1980er-Jahren begann sich die politische Landschaft und das Gesicht des Kapitalismus zu verändern. Neoliberale Ideologien begannen die Errungenschaften sozialdemokratischer Politik in vielen Bereichen in Frage zu stellen. Forderungen nach geschlechterdemokratischen Reformen des Sozialstaates oder des Arbeitsmarktes und dem Zugang dazu fielen mit dem Angriff auf den Sozialstaat, seiner beginnenden Demontage und der Neustrukturierung von Arbeit bzw. ihrer Atypisierung zusammen. Mitte der 1990er-Jahre folgten mit zwei Sparpakten weitere tiefe Einschnitte in das System der sozialen Sicherung. Das entzog – nicht nur – frauenpolitischer Gestaltung eine wesentliche Grundlage.

Die Absetzung von Johanna Dohnal als Frauenministerin im Jahr 1995 durch Bundeskanzler Franz Vranitzky markierte vor dem Hintergrund einer neokonservativen und neoliberalen Wende sowie einer zunehmenden „Banalisation des Feminismus“ auch einen Richtungswechsel sozialdemokratischer Politik und Frauenpolitik. Das überstürzte und ungeplante Ausscheiden Johanna Dohnals aus der Regierung zeigte nicht nur die Wertigkeit der Frauenpolitik für Bundeskanzler Vranitzky, es erschwerte auch eine geordnete Übergabe an ihre Nachfolgerin Helga Konrad.

Mit ihrer Kampagne „Ganze Männer machen Halbe/Halbe“ von 1996, die eine partnerschaftliche Verteilung der Versorgungsarbeit gesetzlich regeln sollte, sorgte Helga Konrad für Aufsehen. Auf intelligente und humorvolle Weise vermittelte die Initiative einen Kernpunkt geschlechtsspezifischer Ungleichheit. Und sie zeigte, wie private Lebensformen und Arbeitswelt miteinander korrespondieren und voneinander abhängig sind. Was mit der Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“ der Autonomen Frauenbewegung in den 1970er-Jahren begann, fand hier eine Fortsetzung. Hausarbeit soll gerecht verteilt und ihr Wert für die Gesellschaft anerkannt werden. Und angesichts veränderter Arbeitsverhältnisse und sinkender Löhne wurden Lebensmodelle mit traditionellen Geschlechterrollen immer weniger lebbar. Die Medien machten die Kampagne lächerlich. Die Hysterie, mit der viele auf die Kampagne reagierten, sprach jedoch eine andere Sprache. „Stoppt Helga Konrad“ titelte etwa die Kronen-Zeitung. Und tatsächlich wurde Helga Konrad dann in der Bundesregierung Viktor Klimas durch Barbara Prammer abgelöst.

Die Atmosphäre im Land veränderte sich deutlich. Das Frauenvolksbegehren von 1997 wirkt (retrospektiv) wie ein letztes feministisches Aufbäumen vor der rechtskonservativen Wende, die spätestens seit Mitte der 1990er Jahre alle erwarteten. Das „goldene Zeitalter der Frauenpolitik“ war vorbei, wie Eva Kreisky festhielt.

Ausblick

Die Herausforderungen für emanzipatorische Frauenpolitik sind nicht geringer geworden, im Gegenteil. Umso wichtiger ist es an die besondere Qualität von Johanna Dohnals Art Politik zu machen zu erinnern und es für unser politisches Handeln heute fruchtbar zu machen: Ihr aktives Zugehen auf die Menschen, in Sprechstunden, den „mobilen“ Frauenservicestellen, den Frauenforen und -enqueten der Anfangsjahre und ein bedingungsloses „Sagen was ist“. Denn es ist mitunter leicht, über Frauendiskriminierung zu sprechen, Männer-Privilegierung oder die „patriarchale Dividende“ zu thematisieren, braucht aber mehr Mut. Die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, die Verteilung der Arbeit, die bezahlte und die unbezahlte, die ökonomische Abhängigkeit der Frauen und die oft daraus resultierende Gewalt – die großen Zusammenhänge zur Sprache bringen, die in unserem täglichen Leben wirksam werden – das konnte Johanna Dohnal.

Alexandra Weiss ist Politikwissenschaftlerin in Innsbruck, nähere Informationen: <https://a-weiss.net/>



Johanna Dohnal zu Besuch in Innsbruck, Ende der 1970er-Jahre, Archiv Hofmann

Gespräch mit Paul Scheibelhofer: Männlichkeit – kritisch betrachtet

Du arbeitest an der Universität Innsbruck im Bereich kritischer Männlichkeitsforschung – womit beschäftigt sich diese Forschungsrichtung?

Die Feministin Simone Beauvoir hat schon vor vielen Jahrzehnten diesen bekannten Satz geprägt: Man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu. Die kritische Männlichkeitsforschung sagt, das Gleiche gilt für Männer. Wir fragen: Wie prägt Gesellschaft das Leben der Männer und wie wirkt das Leben der Männer wiederum auf gesellschaftliche Entwicklungen und vor allem Geschlechterverhältnisse zurück. Also man kann zum Beispiel auch fragen: Was haben unsere Bilder von Männlichkeit damit zu tun, dass so wenig beim Umweltschutz weitergeht? Buben wachsen in bestimmte Normen hinein, sie üben sich ein, und am Ende der Jugend, im frühen Erwachsenenleben, sind sie dann in dieser im Endeffekt doch sehr engen Realität des Mannseins angekommen. Um dem entgegenzuwirken, kann man mit geschlechterreflektierender Pädagogik mit Jungs viel machen. Es geht um das Verlernen und es muss auch manchmal unangenehm sein, weil vieles an dieser normalen Männlichkeit ist angenehm – das Dazugehören, Anerkennung und Privilegien bekommen. Obwohl es viele Ähnlichkeiten gibt zur feministischen Arbeit mit Mädchen, muss man für die Arbeit mit Jungs und Männern um mehr Ecken denken: Frauen kämpfen sich heraus aus einer marginalisierten gesellschaftlichen Position, das ist sicher auch hart und mit vielen Widersprüchen verbunden, aber es hat, glaube ich, am Ende klare Benefits. Aber was bringt es mir als Mann so etwas wie Zweifel, Traurigkeit zuzulassen oder das Aneignen von Empathiefähigkeit? Das ist erstmal nicht so klar, da wir in einer Gesellschaft leben, in der diese Eigenschaften als „typisch weiblich“ abgewertet werden. Da braucht es tatsächlich noch mal ganz eigene, vielschichtige Zugänge, für die wir diesen kritischen Blick auf Männlichkeit brauchen.

Wodurch zeichnen sich traditionelle, konservativ-reaktionäre Männlichkeitsbilder aus?

Althergebrachte Männlichkeit zeichnet sich dadurch aus, dass Männlichkeit höher bewertet wird als Weiblichkeit, weil sie für Dinge steht wie Erfolg, Tatendrang, Selbstsicherheit, Handeln statt Zögern. Diese Männlichkeit beinhaltet die Idee einer aus sich selbst heraus funktionierenden Autonomie – der Mann ist nicht auf andere angewiesen. Das ist auch eng mit Aspekten wie Konkurrenz, Konflikt, sich Durchsetzen verbunden. So eine Männlichkeit bringt viele Vorteile in einer Welt, die – statt auf Solidarität, Verbundenheit und Sorge – auf Konkurrenz und Durchsetzungsfähigkeit ausgerichtet ist. Weiblich konnotierte Fürsorge hat hier keinen Platz, zumindest nicht dort, wo es um Macht und Geld geht. Traditionelle Männlichkeit sehen wir aber nicht nur im Job, sondern zum Beispiel auch bei Vaterschaft. Ich glaube schon, dass ganz viele Väter ihre Kinder wirklich lieben und auch das Gefühl haben, für sie zu sorgen. Aber wenn wir uns anschauen, wie Männer sich tatsächlich um ihre Kinder sorgen, sehen wir gerade nicht Anwesenheit, Empathie, Begleiten durch den Alltag oder durch Schwierigkeiten, sondern traditionelle Männlichkeit: Arbeiten für die Familie, anstatt in der Familie sein, weniger anwesend sein und weniger intensive Sorgetätigkeiten übernehmen – eine männliche Idee von Sorge.

Männlichkeit hat sich aber immer schon verändert und musste sich verändern, entweder durch äußere Veränderungen wie Kriege oder industrielle Revolutionen. Spätestens seit dem 19./20. Jahrhundert musste sich Männlichkeit aber auch aufgrund von feministischen Bewegungen ändern. Das heißt, dieses Bild, dass Männlichkeit früher lange gleich blieb und sich erst jetzt ändere, ist verzerrt. Gerade durch einzelne Zugeständnisse – Frauen durften irgendwann studieren oder arbeiten gehen – ist es immer wieder gelungen, doch dominant zu bleiben. Aber was wir jetzt sicher sehen, vermehrt seit den 1970er-/1980er-Jahren sind interessante, experimentierfreudige Männlichkeiten – auf politischer Ebene, bei Jugendkulturen, in sozialen Medien. Wir sehen aber gleichzeitig auch gegenteilige Bewegungen. Konservative Männlichkeit sitzt fest im Sattel und dominiert noch immer die wichtigen Bereiche der Gesell-

schaft. Alternative Männlichkeitsentwürfe sind da sicher ein Minderheitenprogramm. Außerdem können wir auf jeden Fall davon ausgehen, dass in einer Gesellschaft, in der rechte Politik an Boden gewinnt, wie es derzeit an vielen Orten stattfindet, auch mehr Raum geschaffen wird für ein konservatives Denken über Geschlecht und Männlichkeit. Rechte Politik ist im Kern immer geschlechter-konservative Politik.

In der Wissenschaft wird in Bezug auf diese vorherrschende oder dominante Männlichkeit mit dem Begriff „hegemoniale Männlichkeit“ gearbeitet. Was genau ist darunter zu verstehen?

Raewyn Conell, die Forscherin, die das entwickelt hat, hat eine zentrale Botschaft, die sie uns mitgibt: Es ist falsch zu glauben, dass Männer in patriarchalen Gesellschaften, in denen sie mehr Macht, mehr Geld, mehr Aufmerksamkeit etc. bekommen, eine homogene Gruppe bilden, die einfach die Frauen unterwirft. Conell hat sich Männlichkeit differenziert angesehen: In jeder Gesellschaft, in der Männer mehr Macht haben als Frauen, finden wir immer auch Unterschiede und Hierarchien zwischen unterschiedlichen Männlichkeiten und da kommt dieser Begriff der hegemonialen Männlichkeit ins Spiel: Es gibt eine Norm, ein Ideal, das uns als Männern und Frauen mitteilt, was es bedeutet, ein richtiger, ein erfolgreicher Mann zu sein. Alle kennen dieses Ideal und wir lernen auch, uns selbst dazu in Bezug zu setzen. Wir wissen, wo wir stehen, zum Beispiel der langzeitarbeitslose Mann weiß, dass er diesem Ideal nicht entspricht, und irgendwann prägt das auch sein Selbstbild. Wir gehen aber auch davon aus, dass die allermeisten Männer dieser Norm nicht voll und ganz entsprechen. Viele leben eine komplizenhafte Männlichkeit, die sich an der Norm orientiert und sich mit dem Patriarchat arrangiert. Diese Männer sind eigentlich wie Fische in der Strömung, halten sich an die Regeln, die derzeit für Männer gelten und führen ein Leben entsprechend dem, was derzeit als normal für Männer gilt. Was sie aber nicht sind: Sie sind kein Sand im Getriebe. Sie zeigen zum Beispiel nicht auf und sagen, hier – Moment mal – da kommt es ja zu einer Benachteiligung meiner Kollegin. Sie stellen das System nicht in Frage und bekommen als Gegenleistung die „patriarchale Dividende“. Diese Dividende wird ausgeschüttet in unterschiedlichen Formen, ganz konkret zum Beispiel, wenn der Gender Pay Gap 17 bis 20 Prozent in Österreich, je nach Ort und Berechnungsweise, ausmacht. Männer kriegen im Patriarchat auch andere Formen von Dividenden, z.B. mehr Aufmerksamkeit, oder eine Welt, die ganz grundsätzlich auf ihre Lebensrealität eingerichtet ist. Das heißt, diese komplizenhafte Männlichkeit profitiert von Privilegien unterschiedlichster Art, von denen viele auch fast unsichtbar sind, weil sie eigentlich so selbstverständlich sind.

Du hast sehr viel geforscht zu migrantischen Männern – hier gibt es ja auch nochmal spezielle Zuschreibungen, z.B. besonders gewalttätig gegenüber Frauen zu sein.

Wir sollten uns als Gesellschaft eigentlich täglich fragen: Wieso geht so viel Gewalt von Männern aus? Aber bei Männern, von denen man sagen kann, sie gehören ja eigentlich gar nicht zu uns, bekommt das eine ganz andere Aufmerksamkeit. Es wird schon Gewalt erwartet, wo noch gar keine da ist. Wenn dann etwas passiert, wird oft – statt zu schauen, was ist da tatsächlich passiert – sehr schnell von A auf B geschlossen: Das muss was mit seiner Kultur, mit seiner Religion zu tun haben. Wenn es aber um Männer aus der Mitte der Gesellschaft geht, wie der Nachbar, der ja immer so normal gewirkt hat, kommt es oftmals zur gegenteiligen Dynamik, man redet das klein, stellt es in Frage oder schiebt es auf individuelle psychische Probleme. So eine Perspektive ist natürlich angenehm für die Mehrheitsbevölkerung, sie verstärkt aber rassistische Diskriminierung von Migranten und hindert uns obendrein an der Überwindung männlicher Gewalt in der Gesellschaft.

Paul Scheibelhofer ist Assistenzprofessor am Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Innsbruck, mit dem Schwerpunkt kritische Männlichkeitsforschung.

Leseempfehlung: Paul Scheibelhofer. Der fremd-gemachte Mann. Zur Konstruktion von Männlichkeiten im Migrationskontext, Wiesbaden 2018

Judith Götz: Angriffe auf feministische Errungenschaften – Antifeminismus in Österreich am Beispiel FPÖ

Antifeministische Akteur*innen in Österreich

Das antifeministische Spektrum umfasst in Österreich neben dem parteiförmigen Rechtsextremismus in Form der FPÖ eine Reihe weiterer relevanter Akteur*innengruppen. Dazu zählen außerparlamentarische rechtsextreme Gruppen wie die „Identitären“ bzw. das Nachfolgeprojekt „Die Österreicher“ oder deutschnationale Burschenschafter, Single-Issue-Gruppierungen wie Männer- und Väterrechtsorganisationen (Väter ohne Rechte, Männerrechtsblogs im Internet), Christ*innen und rechtskatholische sowie rechtskonservative Spektren (Teile der ÖVP, Marsch für die Familie, Abtreibungsgegner*innen und andere Vertreter*innen der Kirchen). Auch in den Medien sowie in der Wissenschaft kommen in Österreich immer wieder Antifeminist*innen prominent zu Wort und versuchen, feministischen Anliegen ihre Legitimität und/oder Wissenschaftlichkeit abzusprechen. Sie alle eint ein gemeinsames Feindbild: Feminismus, Gender-Theorien, Gleichstellungspolitiken und damit verbunden die Pluralisierung von geschlechtlichen Identitäten und Begehrensformen.

Geschlechterpolitik der FPÖ: „Gleichwertig, aber nicht gleichartig“

Die Geschlechterpolitik der FPÖ basiert bis heute auf der für den Rechtsextremismus meist allgemein geltenden Vorstellung, dass Männer und Frauen „gleichwertig, aber nicht gleichartig“ seien. Mit Rückgriff auf biologistische Argumentationsmuster werden Männer und Frauen in dieser Logik als komplementäre, d.h. einander ergänzende Wesen begriffen, die von „Natur“ aus bestimmte Wesensmerkmale und Fähigkeiten hätten.

Eine eigenständige Frauenpolitik lässt sich in den Wahl- und Parteiprogrammen der FPÖ jedoch nicht finden. Dies zeigt sich u.a. im Programm „Zusammen. Für unser Österreich“ der türkis-blauen Regierung, die zwischen 2017 und 2019 im Amt war. Obgleich das Kapitel „Frauen“ nur knapp zweieinhalb der insgesamt rund 180 Seiten umfasst, bleiben auch sie nicht von ihren politischen Vorhaben verschont. So stand beispielsweise die Vorstellung einer biologistisch konstruierten und komplementär gedachten Zweigeschlechtlichkeit, die einzig „Männer“ und „Frauen“ (versehen mit naturgegebenen Wesensmerkmalen und Unterschieden) als mögliche Geschlechter zulässt, im Regierungsprogramm festgeschrieben: „Die Besonderheit beider Geschlechter macht den Mehrwert für die Gesellschaft sichtbar. Die Verschiedenheit von Mann und Frau zu kennen und anzuerkennen, ist ein Bestandteil menschlichen Lebens und damit unantastbar mit der Würde des Menschen verbunden.“ Hinter dieser Formulierung verbirgt sich die Überzeugung der „Gleichwertigkeit, aber nicht Gleichartigkeit“ von Frauen und Männern. Entgegen allen sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen und gesellschaftlichen wie auch rechtlichen Entwicklungen werden Unterschiede damit nicht als sozial konstruiert – und damit auch veränderbar – verhandelt.

Die (Re-)Etablierung dieser geschlechterpolitischen Vorstellungen seitens der ehemaligen Regierung als gesellschaftliches Leitbild zielt nicht zuletzt auf die Wiederherstellung einer vermeintlich natürlichen Geschlechterordnung und der damit verbundenen Geschlechterrollen ab. Unmittelbar damit verbunden sind die Exklusion und Abwertung anderer Lebensentwürfe, die diesen Vorstellungen davon, was „normal“ sei, nicht entsprechen. Dies bedeutet auch eine zunehmende Beschränkung der erweiterten Möglichkeiten für Frauen und versucht sie (wieder) in traditionelle, einschränkende Rollen zurückzudrängen. Kaum verwunderlich, dass Frauen im besagten Regierungsprogramm in erster Linie als Mütter (oder als Frauen mit Migrationshintergrund) angesprochen wurden.

Ein ähnlich antiquierter Zugang lässt sich auch an dem im Regierungsprogramm festgeschriebenen Familienbegriff ablesen, der „Familie“ einzig „als Gemeinschaft von Frau und Mann mit gemeinsamen Kindern“ definiert. Dadurch werden Alleinerziehende, Patchworkfamilien und Familien mit gleichgeschlechtlichen Paaren, die seit geraumer Zeit zur selbst-

verständlichen gesellschaftlichen Realität geworden sind, bewusst ausgeschlossen. Stattdessen kommt es zu einer Aufwertung der traditionellen, heterosexuellen, bürgerlichen Kleinfamilie mit ihren starren Geschlechterstereotypen, die durch die politischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte (Ehe für alle, Adoptionsrechte etc.) zunehmend in Frage gestellt wurde.

Das Frauenbild der FPÖ wird auch im heute immer noch gültigen Parteiprogramm von 2011 deutlich, wo Frauenpolitik nicht einmal ein eigener Abschnitt gewidmet wird, sondern entsprechende Themen im Kapitel „Familie und Generationen“ mitvorkommen. Im Handbuch freiheitlicher Politik heißt es sogar: „Die Begriffe ‚Frau‘ und ‚Familie‘ können nicht gewaltsam getrennt werden.“ Eine ähnliche Formulierung wie im bereits zitierten türkis-blauen Regierungsprogramm findet sich auch im Parteiprogramm der FPÖ. Auch dort wird Familie „als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern“ bestimmt und sie als „die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft“ gesehen.

Das freiheitliche Verständnis von Gleichberechtigung richtet sich gegen die „Gleichmacherei von Mann und Frau“, die implizit emanzipatorischer Frauen- und Genderpolitik unterstellt wird. Wirksame Mittel der Frauenförderung, die Verwendung geschlechtergerechter Sprache oder die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt werden in antifeministischer Manier explizit abgelehnt. So macht auch im Programm für die Nationalratswahlen 2024 der Abschnitt „NEIN ZUM GENDERZWANG – GENDERVERBOT IM ÖFFENTLICHEN BEREICH“ deutlich, dass die FPÖ zum generischen Maskulinum, also der ausschließlichen Verwendung der männlichen Form zurückkehren möchte. Diese Ablehnung geschlechtergerechter Sprache ist eindeutig diskriminierend, weil sie sowohl Frauen als auch Personen, die sich nicht als „Männer“ oder Frauen“ sehen, sprachlich unsichtbar macht und ihre gesellschaftliche Anerkennung erschwert. Sprache prägt unser Denken und wenn nur männliche Formen verwendet werden, werden gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten und Gleichstellung eingeschränkt.

Im Abschnitt „WEG MIT REGENBOGENKULT, GENDER- UND WOKE-WAHSINN“ wettet die FPÖ ebenfalls gegen geschlechtliche Vielfalt, indem sie fordert, dass „Gender-Ideologie“ oder „Regenbogenkult“ in „unseren Kindergärten und Schulen“ nichts verloren hätten. Die FPÖ positioniert sich auch deswegen gegen eine vermeintliche „Frühsexualisierung“, weil sie weiß, dass gerade sexuelle Bildung der Vielfalt maßgeblich zum Abbau von Diskriminierung von schwulen, lesbischen, trans und queeren Personen beitragen kann. Ihr geht es aber offensichtlich darum, bestehende Machtverhältnisse aufrecht zu erhalten, in denen nur Männer privilegiert werden und alle anderen von gesellschaftlicher Teilhabe und damit verbundenen Vorteilen ausgeschlossen bleiben sollen.

Frauenunterdrückung beziehungsweise Diskriminierung in den Politiken der FPÖ findet einzig im Kontext von zugewanderten Menschen Erwähnung, während sie in der Mehrheitsgesellschaft gänzlich ausgespart bleibt. So heißt es im Nationalratswahlkampfprogramm von 2024 im Abschnitt: „KEINE TOLERANZ BEI INTEGRATIONSVERWEIGERUNG“: „Kulturelle und sprachliche Unterschiede, die Einstellung gegenüber Frauen sowie Gewaltbereitschaft und Kriminalität sind die zentralen Herausforderungen im Zusammenleben mit Einwanderern, insbesondere aus muslimisch geprägten Weltregionen. Wer gegen unsere Regeln, unsere Gesetze verstößt oder eine strafbare Handlung begeht, hat in Österreich keinen Platz und verliert jedenfalls sein Recht auf die österreichische Staatsbürgerschaft.“ Über die Betonung der vermeintlichen Gefahr zugewandeter Männer für „unsere Frauen“ und die damit verbundene Externalisierung sexualisierter Gewalt gelang es der FPÖ ebenso wie auch anderen rechten Parteien, europaweit aus den rassistischen Bezugnahmen auf Frauenthemen weit über die eigenen Kreise hinaus politisches Kapital zu schlagen.

Mögliche weitere Rückschritte mit Blau-Schwarz

Eine erneute Regierung von FPÖ und ÖVP könnte ernsthafte Rückschritte in der Gleichstellungspolitik mit sich bringen. Besonders besorgniserregend ist die enge ideologische Übereinstimmung beider Parteien in Bezug auf ein konservatives Familienbild und die Ablehnung geschlechtergerechter Maßnahmen. Dies könnte dazu führen, dass Frauen- und LGBTIQA+-Rechte weiter eingeschränkt werden, indem traditionelle Geschlechterrollen staatlich gefördert und alternative Lebensentwürfe abgewertet werden. Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen könnte erschwert oder stärker reglementiert werden, etwa durch zusätzliche bürokratische Hürden oder finanzielle Kürzungen für Beratungsstellen. Auch in der Bildungspolitik wären negative Auswirkungen denkbar, insbesondere durch eine verstärkte Ablehnung von Aufklärung zu Geschlechtervielfalt und sexueller Orientierung in Schulen. Geschlechtergerechte Sprache könnte in öffentlichen Institutionen verboten oder delegitimiert werden, was die Sichtbarkeit nicht-männlicher Identitäten weiter einschränken würde. Förderungen für Gleichstellungsmaßnahmen, Frauenhäuser und Organisationen, die sich für LGBTIQA+-Rechte einsetzen, könnten gekürzt oder ganz gestrichen werden. Zudem ist eine stärkere Kriminalisierung von Protestbewegungen zu befürchten, die sich für Gleichberechtigung und Antidiskriminierung einsetzen. Die FPÖ hat in der Vergangenheit bereits offen gegen feministische und LGBTIQA+-freundliche Initiativen agitiert, eine erneute Regierungsbeteiligung könnte diesen Kurs weiter verschärfen.

Auch auf wirtschaftlicher Ebene könnten Frauen besonders benachteiligt werden, da Maßnahmen zur Förderung von Lohngerechtigkeit oder besseren Arbeitsbedingungen für Frauen möglicherweise nicht weiterverfolgt oder sogar rückgängig gemacht werden. Die Einführung oder Verschärfung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die insbesondere Frauen in Teilzeit oder prekären Beschäftigungen treffen, ist ebenso denkbar. Auch die stets verfolgte neoliberale Wirtschaftspolitik der beiden Parteien zielt auf eine Schwächung sozialer Sicherungssysteme, was insbesondere Alleinerziehende oder ältere Frauen finanziell gefährdet.

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass antifeministische Narrative und eine generelle Skepsis gegenüber Gleichstellungsmaßnahmen gesellschaftlich weiter salonfähig gemacht werden. Die ohnehin schon starke Polarisierung in Debatten über Geschlecht und Identität werden sich weiter verstärken und zu einem feindlicheren Klima für Frauen, queere Menschen und Minderheiten führen. Zudem ist es denkbar, dass auch wissenschaftliche Forschung zu Gender- und Diversity-Themen an Universitäten eingeschränkt oder finanziell ausgehungert werden könnte. Medien, die sich kritisch mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen, könnten unter politischen Druck geraten oder in ihrer Berichterstattung eingeschränkt werden.

Letztlich könnte eine FPÖ-ÖVP-Regierung nicht nur bestehende Gleichstellungsmaßnahmen zurückfahren, sondern auch langfristig die gesellschaftliche Akzeptanz für feministische und queere Anliegen untergraben. Ein erstarkender konservativ-autoritärer Kurs würde progressive Entwicklungen verlangsamen oder gar umkehren. Der aktuelle Backlash fällt auch deshalb so heftig aus, weil feministische Bewegungen in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte erzielt und die Fundamente patriarchaler Strukturen spürbar ins Wanken gebracht haben. Auch wenn in der jetzigen politischen Lage vielleicht keine weiteren Fortschritte möglich scheinen, ist es umso wichtiger, das Erreichte zu verteidigen, sich nicht spalten zu lassen und gemeinsam solidarisch gegen rückschrittliche Entwicklungen einzustehen.

Judith Götz ist Rechtsextremismusexpertin, Genderforscherin und Bildungs- und Politikwissenschaftlerin an der Universität Innsbruck.

Leseempfehlung: Judith Goetz. Geschlechterpolitiken der Identitären. Ein Beitrag zur politischen Bildung gegen Rechtsextremismus, Wiesbaden 2024.

SPÖ Frauen Tirol

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Frage der Gerechtigkeit. In unserer modernen und aufgeklärten Gesellschaft muss es eine Selbstverständlichkeit sein, an politischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen gleichberechtigt beteiligt zu sein.

- Es ist höchste Zeit für eine geschlechtergerechte Aufteilung unbezahlter Arbeit.
- Aufklärung, Sensibilisierung sowie das Aufbrechen alter festgefahrener Rollenbilder zum Schutz gegen Gewalt an Frauen.

Du willst etwas bewegen? Wir auch!

Gemeinsam mit dir wollen wir die Rechte von Frauen stärken.

Dafür braucht es viel Engagement und immer wieder neue Ideen, um Frauen und Frauenpolitik sichtbar zu machen.

Veranstaltungen planen, Diskussionen organisieren, Aktionen vor Ort gestalten.

Es gibt viele Möglichkeiten, feministische Politik in unserem Land voranzubringen.

Wir freuen uns auf dich!

Kontakt: Tel: 0512-536638 - frauen@spoe-tirol.at - www.spoe-tirol.at - Tirol_spoe_frauen

Maria-Ducia-Lehrgang

Du interessierst dich für Politik von, für und mit Frauen? Du möchtest andere politisch engagierte Frauen kennenlernen und dich vernetzen? **Hier findest du Informationen über den Maria-Ducia-Lehrgang.**



Mehr Infos zum Lehrgang

Im Einsatz für Frauen in Tirol

Viele Sozialdemokratinnen engagieren sich in ganz Tirol für Frauenrechte. Was sind ihre Beweggründe? Was möchten sie verändern? Hier findest du in kurzen Videobotschaften unterschiedliche Antworten.



Selma Yildirim



Eva Pawlata



Elisabeth Fleischanderl



Elisabeth Blanik



Claudia Hagsteiner



Daniela Meichtry



Victoria Weber



Elisabeth Mayr



Daniela Hackl



Nicole Heinlein



Sonja Föger-Kalchschmid



Gisela Wurm



Heidi Reitstätter



Anna Grafoner



Evelyn Müller



Martina Auer



Cornelia Kratzer



Zur Videogalerie

Impressum:

Medieninhaberin & Herausgeberin: SPÖ Tirol, Salurner Straße 2, 6020 Innsbruck.

Konzept und Ausarbeitung „Frauen machen Politik“: Dr.ⁱⁿ Lisa Gensluckner

Gestaltung: morgenrot.tirol

Wanderausstellung: Frauen machen Politik

Sozialdemokratische Visionen und Errungenschaften

In den frühen 1970er Jahren bildete die SPÖ eine Alleinregierung unter Bruno Kreisky und läutete damit auch das „goldene Zeitalter der Frauenpolitik“ (Eva Kreisky) ein, das in etwa Mitte der 1990er Jahre endete. Diese Zeitspanne ist untrennbar verbunden mit Johanna Dohnal, die 16 Jahre lang in der Regierung tätig war. Diese Zeit war gekennzeichnet von grundlegenden Reformen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die das Leben von Frauen und Mädchen in Österreich nachhaltig verbessert haben.

Die Ausstellung „**Frauen machen Politik. Sozialdemokratische Visionen und Errungenschaften**“ vermittelt Meilensteine in der österreichischen Frauenpolitik, die bis heute die frauenpolitische Agenda prägen. Sie orientiert sich an den Visionen eines freien, gleichberechtigten, selbstbestimmten, unabhängigen, gewaltfreien Lebens für alle Frauen – Visionen einer demokratischen Gesellschaft, in der Frauen gleichermaßen teilhaben und mitgestalten können.

Die Ausstellung besteht aus acht doppelseitig bedruckten Roll-Ups und kann auch beim Renner Institut Tirol kostenfrei ausgeliehen werden.

Hier findest du Informationen zur Ausstellung:



Infos zur Ausstellung